

# „Sie haben mir die Kindheit gestohlen“

Mediale und politische Attacken auf „Teenstar“ dienten als Ablenkungsmanöver – Jetzt gerät die an Österreichs Schulen vorherrschende „Sexualpädagogik der Vielfalt“ ins Zwielficht **VON STEPHAN BAIER**

Seit Monaten steht der Verein Teenstar, der Sexualpädagogik auf der Grundlage des christlichen Menschenbilds vermittelt, in Österreich im Trommelfeuer medialer Berichterstattung und politischer Kritik. In der Vorwoche empfahl ÖVP-Bildungsminister Heinz Faßmann den Schulen via Medien, nicht mehr mit dem Verein zusammenzuarbeiten. Nun geht Teenstar in die Gegenoffensive: Bei einer Pressekonferenz in Wien enthüllten Sprecher und Sympathisanten des Vereins, der im Vorjahr 1 600 Schülerinnen und Schüler des Landes erreichte, was andere Gruppen an Österreichs Schulen den Kindern so vermitteln. „Sie haben genau erfahren, was Oralverkehr ist und wie ein Porno gedreht wird“, berichtete die Wiener Unternehmensberaterin Suha Dejmek über einen Workshop, an dem ihr zehnjähriger Sohn teilnehmen musste. Den Eltern war ein Präventions-Workshop gegen sexuelle Gewalt angekündigt worden, tatsächlich jedoch ging es um Masturbationspraktiken und Kondome. „Es war ekelig“, berichtete der Zehnjährige seiner Mutter. Und wörtlich: „Mama, die haben mir meine Kindheit gestohlen.“

## Die intimen Grenzen der Kinder überschritten

Ähnlich reagierte der Sohn von Natalia Galbraith, der sich nachher stundenlang still in seinem Zimmer verkroch. „Es ekelt mich einfach nur“, bilanzierte er später im Gespräch mit der Mutter. In diesem Fall wurden die Eltern nicht einmal vorab informiert. „Eltern und Kinder sollten nicht überrumpelt werden“, fordert die Mutter, die dafür wirbt, dass Eltern ihre Kinder mit dem Thema nicht alleine lassen. Besonders traurig sei, dass den Kindern bei solcher Art Sexualpädagogik die Schönheit der Liebe nicht vermittelt werde. Bei Teenstar dagegen würden die Eltern vorab eingeladen und detailliert über die Programme und Inhalte informiert. Deutlich wurde der Psychiater und Psychotherapeut Christian



Der Psychiater Christian Spaemann warnte in Wien vor der „Sexualpädagogik der Vielfalt“ und ihrem Wirken an Schulen. Foto: Stephan Schönlaub

Spaemann: Die Angriffe auf Teenstar seien ein „groß angelegtes Ablenkungsmanöver“. Die allermeisten der rund einhundert an österreichischen Schulen tätigen sexualpädagogischen Vereine zählten zu jener Allianz, die sich der „Sexualpädagogik der Vielfalt“ verpflichtet wisse. „In dieser Pädagogik werden Wissensvermittlung und sexuelle Selbsterfahrung gezielt miteinander vermischt und damit die intimen Grenzen der Kinder und Jugendlichen massiv überschritten.“

Der Psychiater und psychotherapeutisch tätige Arzt wusste dafür Beispiele zu nennen: Zehnjährige würden angehalten, über ihre sexuellen Vorlieben zu diskutieren und vor den Klassenkameradinnen und dem Kursleiter über Erfahrungen mit Masturbation zu sprechen. In Kindergärten würden Räume für Doktorspiele eingerichtet. Federführend sei der Wiener Verein „Selbstlaut“, der „mit seinen Schulungen bereits in den Raum der katholischen Kir-

che eingedrungen ist“, kritisierte Spaemann.

Als Psychiater könne er von „vielen tragischen Fällen sexueller Übergriffe zwischen Kindern berichten, die zu einer massiven Beeinträchtigung der weiteren sexuellen Entwicklung geführt haben“. Die Förderung von Doktorspielen in Kindergärten öffne dafür Tür und Tor. Spaemann sieht im Agieren vieler Sexualpädagogen einen Verstoß gegen das gesetzliche „Indoktrinations- und Überwältigungsverbot an Schulen“ sowie gegen die verbürgten Rechte von Eltern auf die weltanschauliche Erziehung ihrer Kinder. Er forderte bei der Pressekonferenz in Wien: „Es wird Zeit, dass die Öffentlichkeit und die vernünftigen Bürger aller politischen Couleur zum Schutz der Kinder und Jugendlichen ihr Augenmerk auf die Tätigkeit dieser Vereine richten.“

Teenstar nimmt Spaemann von seiner Kritik ausdrücklich aus: Hier werde „eine moderne, auf biologischem, entwicklungs-

psychologischem und bindungstheoretischem Wissen basierende, geschlechtssensible Sexualpädagogik“ geboten. Doch nur die Unterlagen von Teenstar sind bislang öffentlich sowie durch das Bildungsministerium problematisiert worden. „Geradezu grotesk“ und „völlig verzerrt“ findet das Christian Spaemann.

Die Vorsitzende von Teenstar Österreich, Helga Sebernik, findet die Warnung des Bildungsministers vor Teenstar „nicht nachvollziehbar“. Zumal das Bildungsministerium im Vorjahr alle im Unterricht verwendeten Kursbücher und Workshop-Mappen des Vereins erhalten und geprüft habe. Nach wochenlanger Sichtung und mehreren Gesprächen der Teenstar-Verantwortlichen im Ministerium wurde dem Verein von den Beamten Unbedenklichkeit bescheinigt. Der Fortführung der sexualpädagogischen Arbeit von Teenstar an Schulen stehe nichts im Wege, hieß es seitens leitender Beamter.

## Teenstar kann man weiterhin buchen

Helga Sebernik kann dem Kurswechsel von Bildungsminister Faßmann trotzdem etwas Positives abgewinnen: „Das Ministerium ist endlich alarmiert und schaut genauer hin, was hier im Bereich der Sexualpädagogik unseren Kindern und Jugendlichen angeboten wird.“ Auch an die Eltern von Schulkindern appelliert die Teenstar-Vorsitzende: „Schauen Sie genauer hin, womit ihre Kinder konfrontiert werden!“

Eine zeitnahe Prüfung aller sexualpädagogischen Angebote durch das Bildungsministerium findet Sebernik „unabdingbar“. Wie es weitergeht, müssten letztlich die Eltern und die Schulen entscheiden. Teenstar existiere jedenfalls weiter. Und: „Man kann uns weiterhin buchen.“

An dem Akkreditierungsverfahren, das der Bildungsminister für das Schuljahr 2020/21 ankündigte, will sich der Verein trotz der erfolgten Rufschädigung jedenfalls beteiligen.

# Gloria lobt Familienkongress

Fürstin Thurn und Taxis weist Kritik des Vatikan zurück **VON MAXIMILIAN LUTZ**

Viel Kritik wurde in säkularen Medien am Weltfamilienkongress in Verona laut – für Fürstin Gloria von Thurn und Taxis war die Veranstaltung jedoch ein „sehr großer Erfolg“. Sie wisse nicht, was man hätte besser machen können, so Fürstin Gloria von Thurn und Taxis gegenüber der „Tagespost“. Von einigen Ausnahmen abgesehen habe man durch die Vorträge wertvolle Einblicke in die Förderprogramme für Familien und Kinder in Deutschlands Nachbarländern sowie die Gesetzeslage anderer kinderfreundlicher Länder gewonnen. „Die Vorträge waren nie langweilig, der Kongresssaal angenehm gekühlt, das Programm abwechslungsreich. Die Medien wurden gut bedient, durften auch überall dabei sein und haben mit Salvini und Georgia Meloni sogar echte Volkstribüne erlebt, wie sie bei uns gar nicht mehr vorkommen“, so die Fürstin, die als einzige prominente deutsche Vertreterin am Weltfamilienkongress teilnahm.

Gerade die Auftritte rechter Politiker wie des Lega-Chefs Matteo Salvini oder Georgia Melonis von den „Fratelli d'Italia“ ließen die Gegendemonstranten den Vorwurf der falschen Moral erheben. Salvini hat zwei Kinder von zwei verschiedenen Frauen, Meloni ein Kind, aber keinen Mann.

Dies kontert Gloria damit, dass die Veranstaltung in Verona kein „Moral-, perfekte Familien- und Saubermann-Kongress“ sei. Vielmehr gehe es darum, „die Politiker durch gute Argumente und Fakten davon zu überzeugen, dass es richtig ist, das Konzept ‚Vater, Mutter, Kinder‘ statt vorgeburtlichen Kindermords zu subventionieren“. Dass auf dem Kongress innenpolitische Themen im Vordergrund verhandelt wurden, etwa die unterschiedlichen Positionen der beiden Regierungsparteien des Landes, hat Fürstin Gloria nicht als derart dominant wahrgenommen, wie es in den Medien dargestellt wurde. „Diese Themen kamen als Polemik ja nur in den italienischen Medien vor.“ Auf der Bühne sei über Parteipolitik nur insofern gesprochen worden, als dass alle Politiker versprochen hätten, mehr Geld für Familien ausgeben zu wollen.

## Abtreibungen scheinen gesellschaftsfähig

Neben dem Vorwurf einer politisierten Veranstaltung überweg in den Medien zudem das Bild, dass 30 000 Menschen bei der Gegendemonstration mitgezogen seien, wohingegen am Marsch für das Leben am Sonntag nur 10 000 teilnahmen. Diese Dar-

stellung weist die Fürstin entschieden zurück:

„Die Zahlen, die in den Medien kursieren, sind falsch. Es waren circa 5000 Gegendemonstranten und circa 15000 Lebensschützer, die beim Marsch durch Verona dabei waren.“ In Italien lebten die meisten



Fürstin Gloria von Thurn und Taxis auf dem Weltfamilienkongress in Verona. Foto: dpa

„Kinder“ noch mit weit über 30 Jahren „zu Hause bei der Mama. Da mussten die Demonstranten schon von weit her angekart und motiviert werden.“ Sie selbst habe den Marsch für das Leben dank der vielen jungen Leute, die offensichtlich auch Oma und Opa dabei gehabt hätten, als „sehr bunt und lustig“ wahrgenommen.

Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin und Papst Franziskus hatten erklärt, das Anliegen des Kongresses sei richtig, die gewählte Methode jedoch falsch. Diese Ansicht kann Fürstin Gloria nicht nachvollziehen. „Weiß auch nicht, was mit denen los ist“, so die 59-Jährige. „Was für eine Methode außer gepflegte Diskussion, Debatten und friedlicher Marsch würden die denn empfehlen?“ Für sie höre sich die Positionierung des Vatikan so an, als ob man sich diplomatisch distanzieren wolle „von den unappetitlichen Themen wie vorgeburtlicher Kindesmord und dem unmittelbar damit zusammenhängenden Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“.

Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung scheinen Abtreibungen mittlerweile gesellschaftsfähig geworden zu sein, beklagt die Fürstin. „Für einen ‚selbsternannten‘ oder ‚sogenannten‘ Lebensschützer war der Kongress daher ein Pflichttermin. Meine Erwartungen wurden erfüllt.“

## Debatte über Trisomie-Tests

BERLIN/AUGSBURG (KNA) Blutttests zur Erkennung des Down-Syndroms bei Ungeborenen sind weiter heftig umstritten. Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki kritisierte die Diskussion über vorgeburtliche Blutttests. Es beunruhige ihn sehr, dass nur noch über eine Kostenübernahme der Tests durch die Kassen geredet werde, sagte er im Interview der Kölner „Kirchenzeitung“ (Sonntag). „Viel wichtiger ist doch das, wofür es eigentlich geht: Sagen wir Ja zu jedem Kind?“ Er würde viel lieber darüber streiten, „ob wir es wirklich ernst meinen mit der Würde eines jeden einzelnen Menschen ungeachtet seiner Fähigkeiten, seiner Fitness, seines volkswirtschaftlichen Nutzens“. „Wichtiger als die Kassenleistung für den Blutttest wäre eine solidarische Kraftanstrengung, um Familien mit behinderten Kindern zu unterstützen.“

Vor der Debatte des Deutschen Bundestags am Donnerstag pochte die SPD-Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt auf ein „Recht auf Nichtwissen“. „Es darf kein Druck auf werdende Eltern aufgebaut werden, sich einem Test zu unterziehen“, sagte Schmidt dem „Tagesspiegel“ (Dienstag). Es müsse möglich sein, ein Kind zu wollen, ohne solche Tests vorzunehmen. Der CSU-Gesundheitsexperte Stephan Pilsinger befürwortete eine eingeschränkte Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Für Frauen ab 35 Jahren sollten die Kassen „die weniger riskanten Blutttests bezahlen“, sagte er der „Augsburger Allgemeinen“. „Es darf aber in Zukunft nicht dazu kommen, dass das gesamte Genom von Ungeborenen auf Krankheiten untersucht wird.“ Fünf bundesweite Fachverbände für Menschen mit Behinderung warnten vor einer „Regelfinanzierung von Blutttests ohne medizinische Indikation“. Dies wäre ein verheerendes Signal für die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung, erklärten die Verbände in Berlin. Es sei staatliche Aufgabe, für die Wertschätzung von Menschen mit Behinderung einzutreten, statt diese auszugrenzen und zu diskriminieren.

## Recht auf Akteneinsicht

MAINZ (DT/KNA) Der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, fordert ein bundesweit einheitliches Recht auf Akteneinsicht für Betroffene von sexuellem Missbrauch in den Kirchen. Der Zugang zu den Personalakten der mutmaßlichen Täter sei für die Opfer ein zentraler Punkt, sagte Rörig am Dienstagabend im ARD-Magazin „Report Mainz“. Zur Transparenz in der Aufarbeitung gehöre, „dass Betroffene ein starkes, möglicherweise sogar einklagbares Recht auf Akteneinsicht haben“. Bisher gibt es für Missbrauchsopfer in der katholischen Kirche kein verbrieftes Recht auf Akteneinsicht.

Die Deutsche Bischofskonferenz erklärte in einer Stellungnahme, bei der aktuellen Überarbeitung der Leitlinien sei ein Verfahren vorgesehen, bei dem Betroffene „einen Anspruch haben, sie persönlich betreffende Informationen zu erhalten.“ Diese Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte sollten sich nach den jeweils geltenden rechtlichen Vorschriften richten. Einen zeitlichen Rahmen nannte die Bischofskonferenz nicht.

## 1000 Mitglieder der Muslimbruderschaft

BERLIN (KNA) Der Verfassungsschutz beobachtet seit 1970 Organisationen, die der Muslimbruderschaft zugerechnet werden. Das teilte die Bundesregierung in einer am Dienstag veröffentlichten Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion mit. Insgesamt sei von 1040 Mitgliedern und Anhängern der Muslimbruderschaft in Deutschland auszugehen. Weiter schreibt die Bundesregierung, dass ihr keine als Gefährder eingestufte Personen bekannt seien, die sich der Organisation zuordnen lassen.